

Demain

Demain tout est pareil. Demain est comme hier et avant-hier, comme la semaine passée et la prochaine. Mais qu'est-ce qui est pour l'autre demain ? Le demain futur, celui d'après. Après le virus, après la crise, après... *Après* : une notion de souvenirs passés en relation avec le désir de pouvoir vivre après comme avant. Mais est-ce cela que nous voulons ?

Est-ce que cette crise pourrait être l'opportunité de pouvoir restructurer, remodeler notre société pour un futur adapté aux exigences du XXIème siècle ? Ou est-ce que nous voulons revivre chaque décennie une crise profonde qui nous témoigne de la fragilité du système capitaliste globalisé ? Tôt ou tard ce système s'effondra car ce type de capitalisme est si fragile que chaque crise nécessite une aide des Etats qui essaient de réanimer une personne trop fragile pour perdurer. Les Etats font comme avant jusqu'à la prochaine crise et entretemps ce sont les plus fragiles de la société qui en payent les conséquences. N'est-ce pas le temps, maintenant, de diminuer l'écart entre riches et pauvres. N'est-ce pas le temps, maintenant, de prendre au sérieux l'urgence climatique. Les Etats ont été très réactifs afin prendre les mesures adéquates pour protéger les citoyens et s'occupent très intensément afin de pouvoir relancer l'économie pour l'après. Pourquoi l'urgence climatique n'est-elle pas traitée de la même manière ? Elle aussi est une crise, un virus qui se propage, moins visible et aussi mortel. La capacité des Etats de changer une société est donnée. Cependant, la volonté est absente.

Cette crise planétaire du Covid-19 touche chaque individu mais pas de la même manière. L'écart entre les différentes couches

sociales augmente et ne cessera pas d'augmenter avec cette crise. Au contraire, elle accélérera ce processus et c'est pour cette raison qu'il faut d'autant plus investir dans le système social. Les inégalités se feront sentir au niveau du logement, de l'éducation, du travail et de la santé. Il faut revaloriser les métiers qui contribuent au bon fonctionnement de la société en temps de crise. Que ce soit au niveau salarial ou au niveau d'équipement professionnel et de quantité de main d'œuvre, afin de garantir un état sain physique et psychique des personnes concernées. Il est beau d'applaudir pour les soignant·s·es mais ce n'est pas pour cette raison qu'ils·elles pourront mieux dormir le soir. A cela s'ajoute que la majorité de ces personnes sont du genre féminin ce qui remettrait à l'ordre du jour le débat de l'égalité salariale devant ses pendant masculin.

Après cette crise, nous aurons deux choix ; soit on change en mieux, soit on reste avec le *status quo* et la situation s'empirera toute seule. Le monde de demain sera la conséquence de nos choix d'aujourd'hui.

Fabio Da Re 22/04/2020

Eng zweet Rentrée des classes am Mee !?

Nachtrag zum GOOSCH-Artikel: Schoul-Vakanz-Doheem-an dann?

Das Wechselbad der Gefühle nimmt kein Ende. Mit Betonung auf Gefühle, weil man/frau tagtäglich mit neuen Zahlen und Fakten überflutet wird. Die Gesundheitsministerin selbst hat von „navigation à vue“ gesprochen. Der Bildungs- und Erziehungsminister bleibt, objektiv gesehen, auch recht vorsichtig in seinen Äußerungen. Das Einzige was klar scheint, ist die Tatsache, dass der Lockdown – die Ausgangsperre – langsam, aber sicher gelockert werden muss, wenn wir nicht die nächsten 18 Monate weiter Geisel von einem Virus bleiben wollen und ein Stück selbstbestimmtes Leben zurück haben wollen. Stufenweise, nicht zeitgleich und mit den nötigen Sicherheitsvorkehrungen. Die vorgeschlagene, stufenweise „rentrée des classes » ist in vielen Aspekten nachvollziehbar und logisch. Ein „Déconfinement“ kann nur etappenweise durchgeführt werden. Alles andere wäre fahrlässig.

Die StudentInnen der Uni oder der Oberstufe des Lyzeums und in Berufsausbildung zuerst, dann die restlichen LyzeumschülerInnen und dann, Ende Mai, das ist in 5 Wochen, die Kinder aus der Grundschule, Kleinkinderbetreuung und „maison relais“. Unterschiedliche Zeitpläne für verschiedene Schuleinrichtungen die sich in Funktionsweisen, lokalen Gegebenheiten sowie personalmäßig klar unterscheiden und deren pädagogischer Auftrag auch nicht der gleiche ist. Eine „rentrée des classes“ ist zu diesem Zeitpunkt und Stand der Erkenntnisse nur dort umsetzbar:

- wo die Sicherheitsabstände eingehalten werden können
- wo eine Reduzierung der „Klasseneffektive“ durch eine Aufteilung in verschiedene Altersgruppen Sinn macht;
- wenn die sanitären Alltagsgesten wie das Tragen eines Mundschutzes oder das Desinfizieren der Hände gewährleistet ist;
- wenn gefährdete Menschen (SchülerInnen wie LehrerInnen)

das Recht haben zu Hause zu bleiben.

Welche Grundschul Kinder sollen zuerst wieder zur Schule?

Die Anmerkungen des Bildungsministers, dass in diesen Zeiten der Focus vor allem auf den „Kernfächern“ oder „Hauptfächern“ liegen sollte, ist doch etwas befremdlich. Ist doch der Lernprozess ein ganzheitlicher Prozess und Frontalunterricht auch über „Video“ hoffentlich passé! Die Schule soll auf das Leben vorbereiten – nicht nur auf das Arbeitsleben – dieser Aspekt sollte gerade in diesen Zeiten im Vordergrund stehen. Vor allem für Kinder aus der Grundschule und für junge Jugendliche! Soll doch den Kindern vor allem Empathie, Solidarität und Gemeinschaftssinn vorgelebt werden, um ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbewusstsein zu fördern. Wir wissen, dass es keine „lineare Entwicklung“ bei den Kindern gibt und dass die strikte Aufteilung in die verschiedenen Jahrgänge den Entwicklungsschwankungen nicht immer Rechnung trägt. Wir wissen aber auch, und das nicht seit gestern, dass unser Schulsystem soziale Unterschiede eher verschärft, anstatt sie auszugleichen. Und in der aktuellen Situation werden diese Unterschiede noch verstärkt.

Zeitfenster nutzen, um Defizite aufzuarbeiten.

Wenn also ein „normaler Grundschulalltag“ am 25. Mai, nicht möglich sein sollte, warum dann nicht dieses Zeitfenster nutzen um die Kinder in die Klassen und Lerngruppen zurückzurufen, die wirklich riskieren emotional oder „schulisch“ auf der Strecke zu bleiben, anstatt alle Kinder aufzuteilen und abwechselnd eine Woche über die andere

„Schule“ oder „Homeschooling“ anzubieten? Wäre dies nicht das „Gebot der Stunde“? Beinhaltet die Berufsethik des Erziehungs- und Lehrpersonals nicht gerade diese Herangehensweise in der aktuellen „Krisensituation“ ? Die Kinder und Eltern, die mit Homeschooling zurechtkommen, werden sicher Verständnis für diese Sondermaßnahme aufbringen und die restliche Schulzeit weiter „digital“ bestens überstehen.

Und warum die Grundschule 1 Woche vor den Pfingstferien öffnen und dann wieder eine Woche schließen? Um durch das Sammeln von Erfahrungswerten in dieser Woche Korrekturen für die restlichen 6 Wochen vorzunehmen? Für den Rhythmus der Kinder ist das allerdings nicht günstig. Also bitte die Schulen nach den Pfingstferien öffnen! Mir scheint, dass diese Überlegungen dringend in Betracht gezogen werden müssen, wenn jetzt „Stundenpläne“ und „Lehrpläne“ neu gestaltet werden für die bleibenden Wochen.

Es liegt in der Kompetenz des Schulpersonals dies abzuwägen. « Homeschooling » wird ein wichtiges Instrument bleiben dort wo es gut akzeptiert ist und wo die Voraussetzung gegeben sind.

Angst essen Seelen auf.

Der vermeintliche „Erfolg“ der „Petition“, die Schulen nicht vor der offiziellen „Schul- rentrée“ im September zu öffnen, spiegelt die Verunsicherung und die Angst von vielen Eltern und Erziehungs- und Lehrpersonen wieder. Dennoch kommen wir nicht umhin die stufenweise Einschulung der Kinder zu organisieren. Dass die Gesundheit und Sicherheit erste Priorität haben, versteht sich von selbst. Dies haben sowohl die Gesundheitsministerin wie auch der Erziehungs- und

Bildungsminister mehrmals unterstrichen. Und die verschiedenen Zeitpunkte sind auch provisorisch, das wurde auch klar betont. Die weiteren Tests sollen Klarheit bringen und der vorgeschlagene Zeitplan muss je nachdem angepasst werden.

Die Öffentliche Schule hat den Auftrag alle Kinder auf das Leben vorzubereiten!

Die Schule muss zu einer Solidargemeinschaft werden und nicht zu einem Ausleseinstrument verkommen! Jeder nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gerade in Zeiten wo Einschränkungen notwendig sind! Die Öffentliche Schule hat den „Auftrag“ alle Kinder auf das Leben vorzubereiten, sie stark zu machen und Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu fördern. Bedürftigkeit und Fähigkeit müssen gegenübergestellt und abgewogen werden.

Ich bin zuversichtlich, dass die ErzieherInnen und LehrerInnen sich dessen bewusst sind und Mittel und Wege finden werden, damit 2019/2020 kein verlorenes Schuljahr, sondern ein Jahr mit vielen starken Eindrücken und positiven Erfahrungen wird!

Z.T. chargée de cours 22/04/2020

Losst

Iech

net

instrumentalise'eren geint den Dan Kersch

Independant'en losst iech net virun den Woon strekken an losst iech nemmen net instrumentalise'eren. DEE BREET SCHELLEREN SINN NET DIR, MEE EBAY AMAZON , STARBUCKS.....

<https://www.youtube.com/watch?v=20nj9kT5fxE&feature=youtu.be>

Henri Becker 18/04/20

Schoul-Vakanz-Doheem-an dann?

Es sind Osterferien ! 2 Wochen ! In « normalen“ Zeiten löst das bei den meisten Grundschul-Kindern, Eltern und auch beim größten Teil des Lehr- und Erziehungspersonals Glücksgefühle aus. In Zeiten von „Ausgangssperre“ hält sich die Euphorie jedoch in Grenzen. Wieso eigentlich? Gewerkschaften und Minister haben festgestellt, dass das Homeschooling so schlecht nicht klappt, und dass man Vertrauen in die Lehrerschaft und in die Politiker haben sollte. Man sei sich bewusst, dass noch nicht alles perfekt wäre, aber in Anbetracht der Krisensituation sei das spontan Geleistete absolut lobenswert. Jetzt sollte man/frau Ferien eben Ferien sein lassen. Dann werden wir weitersehen. Diese Sicht der Dinge kann man teilen, aber nicht ohne etwas genauer hinzuschauen.

Was können wir nach 3 Wochen „Schulfrei“ feststellen?

Wir befinden uns in der 4. Woche wo die Schulen geschlossen sind und viele Eltern, entweder zu Hause (Homeoffice) oder in Carebereichen, wie gehabt zur Arbeit erscheinen und sogar bis zu 12 Stunden arbeiten müssen. Die Kinderbetreuung, die sonst von Drittpersonen garantiert wurde, fällt zu 100 % zurück in den Schoß der Familie.

Neben den bekannten Sprachen- und Verständigungsschwierigkeiten muss man feststellen, dass die Digitalisierung nicht überall gleich fortgeschritten ist und in mehr Familien als man denkt, PC oder Tablet geteilt werden müssen. Nicht jedes Familienmitglied verfügt über einen eigenen Datenträger und das Wissen um die Handhabung ist auch nicht immer garantiert. Und, das ist auch eine Feststellung, nicht alle Lehrpersonen können gleich gut mit den neuen Technologien umgehen und haben Schwierigkeiten sich umzustellen.

Und auch die traditionelle Arbeitsweise ist manchmal nötig, um zu garantieren, dass alle Kinder die Aufgaben bewältigen können. Nicht wenige LehrerInnen müssen Arbeitsblätter abziehen und mit der Post an die Familien senden und wieder einsammeln.

Die Kinder „da abholen wo sie sind“!

Der Minister rät: die LehrerInnen und ErzieherInnen müssen mehr denn je „differenzieren“ und die Kinder „da abholen wo

sie stehen“. Das entspricht den heutigen pädagogischen Erkenntnissen und sollte sowieso in der täglichen Schulpraxis angewandt werden.

Die Kinder, die selbstständig lernen und für sich das aus dem Lehrstoff herausnehmen, was sie weiterbringt, schaffen das, in jeder Situation, eher gut.

Und die vielen anderen? Neben der Angst, dass die „schwachen“ SchülerInnen jetzt noch weiter zurückfallen, beruhigt der Appell, dass „keiner zurück gelassen werden wird“ nicht wirklich. Traditionell wird bei den „Bilans“ zum 2. Trimester die Orientierung ins Lyzeum der Kinder im 6. Schuljahr vorgeschlagen, sowie das Weiterkommen oder „Verlängern“ der anderen Grundschul Kinder anvisiert. Ein schwieriges Unterfangen, und egal wie die Orientierung ausfallen wird, werden die bestehenden „Wissenslücken“ irgendwann aufgefangen werden müssen.

Und was ist mit den Kindern mit besonderen Bedürfnissen, die zusätzliche Betreuung benötigen oder aber eine Sonderschule besuchen? Inklusion ist schwierig und viele Kinder und LehrerInnen kriegen das in „normalen Zeiten“ schon schwer gemeistert, weil die nötigen Ressourcen (menschliche und materielle) fehlen. Gerade in diesen Fällen ist der direkte Kontakt, das Üben in kleinen Gruppen oder eine zeitweilige eins-zu-eins Betreuung notwendig. Das kann man/frau freilich organisieren, auch über Skype, Zoom oder Teams, das bedeutet natürlich ein zusätzlicher Zeitaufwand um eine weitere soziale Ausgrenzung für die, die abseits stehen, zu verhindern. Auch hier riskieren die Kinder, die gerade eine gezielte Betreuung auch auf psychologischer Ebene benötigen, zu kurz zu kommen.

In normalen Zeiten ist gewusst, dass wenn die Kinder nach den kleinen Ferien wieder zur Schule kommen, sie einige Tage brauchen bis sie wieder im Rhythmus drin sind. Gerade die regelmäßigen Abläufe sind ein wichtiger Faktor im Lernprozess. Nach den großen Ferien braucht es aus Erfahrung Wochen, um das Gelernte aus dem Vorjahr aufzuarbeiten, zu wiederholen und zu festigen ehe mit neuem Lernstoff begonnen werden kann. Was wird also nach 8 oder 12 Wochen, trotz Homeschooling, als „gefestigtes Wissen“ überleben? Die Unterschiede werden noch gravierender sein als sonst.

Zurück zum „normalen Schulalltag“?

Zurück zu den „Ferien“ mit Ausgangssperre. Minister Meisch hat geraten, Ferien erst mal Ferien sein zu lassen. Das ist wohl für die, die das alles gut meistern, ok. Für die Kinder und Eltern, die diese Zeiten aus verschiedenen Gründen nicht so gut überstehen, ist es eine Katastrophe. So manche Lehrperson weiß das und bleibt auch in diesen 2 Wochen „konnektiert“. Viele Kinder und Eltern fragen nach Ablenkung, nach Beschäftigung, und diese „Leerzeit“ kann effektiv für intensivere Kleingruppen oder eins-zu-eins Unterrichtssequenzen genutzt werden.

Wie also den „normalen Schulalltag“ vorbereiten? Das hängt ganz von dem konkreten Datum ab. In einem Interview (8. April Tagblatt) hat Bildungsminister Claude Meisch diese Terminfrage offengelassen. Voraussichtlich ist die Wiederaufnahme des Schulunterrichts für den 4. Mai geplant, es kann aber auch nach den Pfingstferien sein. Die Wiedereröffnung der Schulen muss sobald wie möglich geschehen. Je länger diese „Auszeit“

dauert, umso schlimmer werden die psychischen Probleme und die Lernschwierigkeiten werden verstärkt.

Diese „sanitäre Krise“ riskiert eine „Bildungs- und Erziehungskrise“ nach sich zu ziehen, wurden doch bekannte Probleme für jedermann/jedefrau offensichtlich:

- die öffentliche Schule hat eine wichtige Funktion zu erfüllen, sie federt viele soziale Ungerechtigkeiten ab und muss weitere Mittel erhalten, um Differenzierung, Inklusion und Gleichstellung zu garantieren
- die modernen Technologien können die SchulpädagogInnen und die Schulkinder begleiten, aber den direkten Kontakt und sozialen Austausch nicht ersetzen – der Lehrberuf ist ein ganzheitlicher Beruf dessen Dimensionen die nötige Wertschätzung und Anerkennung verdienen
- die spontane Digitalisierung des Unterrichts reproduziert und verstärkt die sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten. Im Zeitalter der Kommunikation wird diese Frage zu einer kruzialen Frage der Demokratie, sowohl was die Mittel angeht (Internetanschluss, Datenträger) als auch das Umgehen mit diesen Mitteln (Schulungen für Schulpersonal und Eltern im Bereich der neuen Technologien)
- die räumlichen und zeitlichen Probleme, die viele Eltern haben, um eine kindergerechte Betreuung zu garantieren wird in der Krisenzeit noch offensichtlicher. Leider kommt es auch deshalb zu Stress und Streitsituationen wobei leider auch verstärkt Kinder Opfer von Gewalt werden

Was muss sich ändern ?

Es muss eine öffentliche Debatte über Bildung, Kinderbetreuung, Berufstätigkeit und generell über die Organisation von Arbeitszeit und Freizeit in unserer Gesellschaft geführt werden.

Die Interessen der Kinder müssen im Mittelpunkt stehen. Nicht nur die Schule, sondern die ganze Gesellschaft und mit ihr die Wirtschaft, sollten den Rhythmus der Kinder berücksichtigen und sich danach orientieren und nicht umgekehrt. Die Erziehungsarbeit muss ein Stück weit an die Eltern zurück – nicht nur an die Mütter! Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche (5×6 Stunden) mit vollem Lohnausgleich ermöglicht dies für beide Elternteile.

Die fortschreitende Digitalisierung bringt nicht nur positive Aspekte mit sich wie z.Bsp. Zeiteinsparung, weniger Papierverbrauch, weniger Verkehrsaufkommen und weniger Emissionen, sondern verstärkt heute die sozialen und demokratischen Defizite. Zudem werden die Rufe nach einem 5G Mobilfunknetz immer lauter, was wiederum den Energiebedarf erhöhen wird.

Life-long-learning heisst auch Funktionsweisen hinterfragen und neue Modelle für das gesellschaftliche Zusammenleben zu entwickeln. Die Organisation der Schule ist ein wichtiger Faktor, weil hiermit weitreichende Folgen verbunden sind. Die Infragestellung der zweimonatigen Sommerferien wie auch eine tiefgreifende Reorganisation des Schulalltags dürfen keine Tabuthemen sein. Ergreifen wir diese Chance gemeinsam, um unser Schulsystem sozial, kulturell und human umzubauen und ein Stück weit besser und gerechter zu gestalten!

Uberisation II : Situation en Europe et au Luxembourg

Situation en Europe

Le 20 décembre 2017, suite à une plainte logée auprès de la juridiction de Barcelone, la Cour Européenne de Justice a jugé qu'UBER est une entreprise de transport plutôt qu'un simple service digital et peut donc être régulé comme toute autre entreprise de transport. Cela suit une série de verdicts locaux et nationaux qui ont soit limité soit interdit UBER sur base des lois sur la concurrence illégale ou, comme ce fut le cas à Londres en novembre 2019, pour faute de clarifier des questions de sécurité ou d'assurance liés aux services passant par sa plateforme. À l'instant, UBER est interdit dans des pays comme le Danemark ou la Bulgarie, et est fortement règlementé dans des nombreux autres pays, par exemple en Allemagne.

Cela est vrai aussi d'autres entreprises uberisantes, notamment AirBnB, avec des nombreuses villes implémentant la nécessité d'enregistrer des offres AirBnB auprès des communes et imposant une limite maximale sur l'offre de logements (30 jours par an à Amsterdam, 120 jours à Paris, interdiction presque totale a Mallorca, un moratorium sur les

enregistrements en place à Barcelone depuis 2014 et renforcé rigoureusement avec une unité d'inspection spéciale[\[i\]](#)).

La réglementation de ces entreprises se fait donc largement au niveau local, même si les contestations de cet encadrement légal peuvent porter la matière jusqu'au niveau de la justice européenne.

Situation au Luxembourg

D'après une étude de 2018 commanditée par le Ministère du Travail, la CSL et la Chambre de Commerce, il n'y aurait pas de chiffres sur les taux de travail sur plateformes (« platformbasierte Erwerbsarbeit ») au Luxembourg, alors qu'un sondage EUROBAROMETER fait en 2018 suggérerait un taux d'utilisation de ces plateformes augmentant de 13% en 2016 (nettement en-dessous de la moyenne européenne de 17% du temps) à 22% (EU : 23%) en 2018[\[ii\]](#). Parmi les utilisateurs de plateformes, le taux d'offreurs de biens et services resterait cependant en-dessous de la moyenne, ce qui serait lié à la présence en général très faible d'indépendants au Luxembourg, ainsi qu'au environnement réglementaire[\[iii\]](#). Ainsi :

Uber n'a « actuellement aucun projet de lancement au Luxembourg [car] le principe même de l'entreprise ne correspond pas aux normes sociales et aux taxes appliquées au Grand-Duché ». Bien que la société américaine se soit installée à Metz, Nancy ou Strasbourg en septembre, elle restera – pour l'instant – à la frontière, a reconnu la directrice de la communication du groupe, Rym Saker.[\[iv\]](#)

Malgré l'absence d'UBER même, une présence croissante de la *sharing economy* et de l'uberisation qu'elle facilite peut donc être observé au Luxembourg, sanctifié par le rapport Rifkin et promue par les acteurs économiques et politiques [v], qui prônent, pour l'instant, une combinaison entre technospectacle créé pour être propagé par les mots-dièse des médias sociaux (*space mining ; Start-up nation ...*) et un laissez-faire faux-naïf :

There is no regulatory framework specific to the sharing economy in Luxembourg, and sharing economy activities are regulated by the legislation applicable to the conventional sector. There are no definitions for the sharing economy in the national legislation, nor clear distinctions between peer and professional providers and which regulations apply to them [vi].

GT Syndicats, Travail, Social 20/03/2020

[i]

<https://www.theguardian.com/technology/2017/jun/02/airbnb-face-s-crackdown-on-illegal-apartment-rentals-in-barcelona>

[ii] *Sharing Economy Policy in Luxembourg*. p.4.

<https://meco.gouvernement.lu/dam-assets/publications/rapport-etude-analyse/minist-economie/sharing-economy/Ministry-of-the-Economy-Sharing-Economy-Policy-in-Luxembourg-Final.pdf>

[iii] *Arbeiten 4.0. Chancen und Herausforderungen für Luxemburg*. p.68.

[iv]

<https://paperjam.lu/article/uber-absent-taxiapp-secoue-coc>

[v] Il faut noter que le gouvernement luxembourgeois reprend aussi une lecture de la *sharing economy* qui favorise la collecte/surveillance de données comme forme de partage économique. Ainsi, parmi les 9 mesures stratégiques retenues par le gouvernement comme prioritaires dans le rapport Rifkin figure la « création de l'internet national de l'énergie » qui nécessiterai une « plateforme nationale de données énergétiques » et justifie donc potentiellement une obligation d'installer des *smart meter* comme les LINKY contestés en France. Cf.

<https://gouvernement.lu/dam-assets/fr/actualites/communiques/2018/06-juin/25-rifkin/TIR-Rapport-de-suivi-juin-2018.pdf>

[vi] *Sharing Economy* ... p.8.

Uberisation

I : Définition et critique

Définition

Le terme uberisation et des concepts comme l'économie de plateforme décrivent la restructuration de certains secteurs de service sur base de plateformes numériques, particulièrement sous forme d'applications mobiles. Les secteurs phares de l'uberisation-tant du point de vue transformation que du point de vue contestation-sont le transport de biens et de personnes (avec l'entreprise éponyme UBER, Deliveroo, Amazon, WeDely ...) et l'hôtellerie (AirBnB,

Booking.com ...). Mais le nom « économie de plateforme » inclut aussi les médias sociaux, alors que le verbe uberisation est parfois incorrectement mobilisé de manière générale pour décrire la part croissante de contrats dits « à-la-tâche » (« zéro heure ») dans une économie de plus en plus précarisant.

L'économie de plateforme se présente comme un système économique qui permet aux personnes privées de monétariser des ressources avant soustraites au marché, comme des chambres d'hôtes vides, des places vides dans les voitures personnelles (BlaBlaCar...), le petit bric-à-brac qui traîne dans les armoires (E-Bay, LeBonCoin ...), ou des heures creuses entre travail et loisir, etc. C'est pourquoi l'uberisation est souvent présentée comme permettant une activité économique supplémentaire au revenu ordinaire et induite par l'occasion d'un revenu additionnel extraordinaire plutôt qu'un besoin de revenu de subsistance (« gig economy »). Elle est aussi présentée comme une économie « directe » entre agent offrant et agent prenant, et même comme une économie de collaboration ou de partage (« sharing economy ») dans le sens où elle permettrait de partager des ressources privées autrement perdues. Même si, généralement, les services et produits proposés ne sont nullement gratuits mais offerts contre une prestation financière, cette prestation est supposée être tellement plus basse par rapport aux prix d'un service institutionnalisé (par exemple un taxi), que cela reviendrait à un quasi-partage. Ainsi, un mythe fondateur du transport uberisé est celui d'une personne qui offre de partager sa voiture pour un trajet prévu de toute façon pour profiter alors d'un « partage » des dépenses de carburant entre les passagers.

Critique

La critique principale de l'uberisation est son rôle important dans la destruction des protections sociales et donc son fondement sur l'exploitation et la consolidation de la paupérisation des couches travaillantes, ainsi que son rôle dans l'expansion continue des marchés dans ce qui fut avant considéré faire partie de la vie privée. Ainsi, les contestations légales visant d'acteurs comme UBER cherchent à démontrer que ces plateformes ne sont nullement que des instruments digitaux de travail utilisé par des actifs occasionnels et prenant une petite partie des recettes en contrepartie, mais des entreprises qui donnent des directives claires à des travailleurs réguliers et fixes (concernant par exemple les modèles de voitures permis, les modes et services de paiements à utiliser ...), implémentant un système de discipline (basé entre autres sur les évaluations faites par les clients) avec un effet important sur les conditions et possibilités de travail futur. Ces contestations soulignent que les travailleurs uberisés présentés comme indépendants sont en règle générale non pas des individus privés profitant de moments creuses ou tâches ou trajets préexistants aux demandes de clients, mais des actifs à temps plein dont, par exemple, UBER ne tolère pas simplement un désir individuel de sur-engagement mais requiert souvent un nombre de trajets ou évaluations minimums pour verser des primes ou créer une visibilité plus immédiate sur la plateforme / application (voir aussi l'exemple des livreurs de paquets faux-indépendants dont Ken Loach a fait un portrait poignant dans *Sorry, we missed you*). L'uberisation décrit donc une structure d'entreprise qui d'un côté profite de l'appauvrissement de la population (la plupart des chauffeurs UBER ou livreurs de paquets proviennent des classes précarisées et stigmatisées, comme par exemple des nouveaux immigrants ou des habitants des ghettos, qui ne réussissent pas à trouver un emploi dans l'économie dite traditionnelle), et qui de l'autre côté consolide cette paupérisation et intensifie la croissance du précaire travaillant (« working poor »). Cette structure permet à la plateforme/ entreprise d'exploiter un grand nombre

de travailleurs sans être liés par des contrats et les protections et contributions sociales et contraintes syndicales et légales que ceux-ci impliquent. Outre les coûts sociaux, une grande partie des coûts du capital organique est déplacée sur les travailleurs : UBER ne possède, ni ne maintient aucune voiture ; AirBnB ne possède, ni ne maintient, aucun logement. Par contre, à travers les plateformes et applications mobiles, ces entreprises récoltent une multitude d'informations (« Big Data ») qui leur permet de développer leurs plateformes et des produits secondaires (vendre les informations toutes crues ; créer des algorithmes de navigation ...).

Pour les travailleurs « faux indépendants » les conséquences de cette constellation sont :

- une insécurité de place de travail permanente-la relation de travail pouvant être terminée à tout instant-combiné avec un sous-emploi constant (1)
- une surexploitation au travail avec des semaines dépassant souvent largement les 40 heures (pour les travailleurs avec le meilleur rating)
- la non-existence de jours fériés (au risque, précisément, de perdre la visibilité sur ou même l'accès aux plateformes ou commandes uberisées)
- un manque de protection sociale en cas de maladie ou d'accident
- l'absence de loi protégeant contre les discriminations (genre, race, handicap...)
- une potentielle circonvention des lois sur le salaire minimum national par des plateformes internationales et des relations de production pas clairement classifiées comme « travail » du point de vue légal
- une réduction permanente de la part de la plus-value

revenant au travailleur, suite à la concurrence entre travailleurs uberisés (des taux toujours plus réduits, des services supplémentaires gratuits, comme les journaux gratuits dans les voitures UBER, toujours plus inévitables pour garder les bonnes évaluations des clients nécessaires ...)

– un nouveau surendettement nécessaire pour entrer dans un service uberisé (une nouvelle voiture qui convient aux standards minimum de UBER ; le smartphone le plus actuel pour accéder au mieux aux plateformes ...)

– un transfert du risque financier lié à l'acquisition et au maintien des outils de travail sur le travailleur

– un embrouillage de plus en plus aiguë entre vie et environnement privé et professionnelle et, par suite, une surveillance et érosion générale de plus en plus forte du privé, voir même une intrusion disciplinaire sur la vie privée(2) avec des conséquences pour la santé mentale et physique et les droits civiques du travailleur

– un manque de protection syndicale sectorielle ou même de toute possibilité de syndicalisation tout court

Du point de vue social, l'uberisation ne participe donc pas seulement à une précarisation croissante des travailleurs (réduction de revenu, augmentation des dépenses et des dettes ainsi que des risques y afférentes, perte de protection sociale et légale ...), mais aussi à une atomisation rapide, une surveillance de plus en plus fine et un contrôle disciplinaire de plus en plus total de la population. Elle contribue à l'éviscération du financement du système social et renforce l'évasion fiscale (puisque les plateformes ont généralement leur siège à l'étranger, souvent dans des paradis fiscaux, et parce qu'ils évitent certaines taxes ou taux de taxes par la fausse classification de leur produits ou services) et bouleverse les acteurs des secteurs qu'elle attaque, même si ceux-ci ne cherchent pas à participer dans l'uberisation ou même s'y opposent activement.

(1) "...die überwältigende Mehrheit von 90 Prozent der auf Online-Arbeitsmärkten Beschäftigten nachfragebedingt unterbeschäftigt ist." « Arbeiten 4.0. Chancen und Herausforderungen für Luxemburg », p.69. <https://mteess.gouvernement.lu/de/publications/brochure-livre/minist-travail-emploi/br-sis1.html>

(2) Nick Srnicek observe qu'en Chine, UBER surveille si ses conducteurs participent dans des contestations politiques (Platform Capitalism, p.101).

GT Syndicats, Travail, Social

25/03/2020

Who cares? We care! They care! Frauen kümmern sich!

Vor gerade mal drei Wochen waren in unserem Land rund zwei Tausend Menschen auf der Straße um auf die prekäre Situation von vielen Frauen aufmerksam zu machen. Lange und von sehr kompetenten und überzeugten MilitantInnen vorbereitet, war es eine der größten, wichtigsten und buntesten Protestkundgebungen, die unser Land gesehen hat. Es war keine „Lobby“ unterwegs sondern das „Weibervolk“.

Wie wahr und richtig die Forderungen nach einem gerechten Lohn, nach Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit vor drei Wochen waren, bestätigt sich auf ganz brutale Weise knapp eine Woche später.

Ein äusserst ansteckendes Virus versetzt unser Land in Quarantäne und plötzlich sind diese Frauen, die „nur“ putzen, „nur“ in den Supermärkten Regale füllen und an den Kassen sitzen, Frauen die in Überzahl „nur“ in Kranken-, Pflege- und Altershäusern sich um kranke und ältere Menschen kümmern, überlebenswichtig und „systemrelevant“

Ja Frauen „kümmern sich“. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Uns allen wird plötzlich bewusst, dass der Mensch und sein Wille – das Maß aller Dinge – in seiner Existenz gefährdet ist. Die Solidarität hat viele Gesichter. Manche klatschen symbolisch von ihren Balkonen, pünktlich um 20 Uhr. Vor gerade mal drei Monaten haben die Gewerkschaften in zähen Lohnverhandlungen für die Beschäftigten des Großhandels bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herausgeschlagen – das Wimmern und Zähneknirschen der Aktionäre aus dem Großhandel hallt noch nach, und plötzlich wird eine Sonderprämie von 500 € oder gar 1.000 € an die Beschäftigten ausbezahlt um ihnen „Respekt und Dank“ in dieser schwierigen Situation zu zollen. Mit Nichten. Es handelt sich wohl eher um eine verlockende „Risikoprämie“ um die Männer und Frauen zu motivieren ihrer „Berufstätigkeit“ wenn möglich „normal“ weiterzugehen, denn mit Existenzängsten kann man viel Geld „hamstern“.

Digitale Kommunikation und Ausgangssperre

Zu Alltagshelden werden in Quarantänezeiten jetzt auch alle, sonst berufstätigen Eltern – auch hier Frauen in der Überzahl – die sich den ganzen lieben langen Tag mit ihren Kindern in ihren vier Wänden beschäftigen. Das virtuelle Klassenzimmer ist eine gute Sache und funktioniert in Zeiten der digitalen Kommunikation auch ziemlich gut. Aber was machen mit dem Bewegungsdrang der Kinder in einem 50 m² Appartement und Ausgangssperre? Was machen mit der Angst der Kinder, dass Oma und Opa sterben könnten, vor der Zeit?

Und wie ist es mit der Versorgung? Wie in prähistorischer Zeit machen sich, auch hier vor allem Frauen, auf den Weg und machen Besorgungen. Beschäftigt mit der Frage, was ist lebenswichtig, was ist überlebenswichtig? In der ganzen Konsumideologie haben manche vergessen, was wirklich lebensnotwendig ist. Der Lieblingsaufstrich oder das Lieblingsbier ist nicht mehr zu kriegen. Schei...!

Und zu Hause kommt es leider auch verstärkt zu Spannungen zwischen den Partnern in den engen, vier Wänden. Gewalt gegen Frauen und Kinder nimmt auch in solchen Zeiten zu, das bestätigen leider die Selbsthilfezentren.

Ausnahmesituationen! In ein paar Tagen... Wochen... Monaten wird wieder alles normal!

Normal? Nein das darf es nicht werden. Kooperative Intelligenz, solidarische Interaktion und Humanismus wird die Menschheit retten. Vorläufig. Denn , wenn wieder alles „normal“ wird, wird Alles den Bach runter gehen. Die menschliche Aktivität ist auf ein „Minimum“ beschränkt worden. Die Natur erholt sich relativ schnell – die Luft ist sauberer und weniger belastet, die Gewässer regenerieren sich und das natürliche Leben kommt zurück. Wachstum und schwarze Nullen entpuppen sich als das was sie wirklich sind – menschenverachtend und rücksichtslos. Ökonomie ist plötzlich anders machbar.

Sinn der Arbeit und der Produktion

Manche Politiker sprechen von Krieg; mit Verlaub ein zynischer Vergleich; wenn man die Lage der Kriegsflüchtlinge in ihren Heimatländern und Lager betrachtet. Nur weil „ihre normale Komfortzone“ gestört ist.

Nach der Krise müssen, neben dem Klatschen und der Anerkennung für die Frauen und Männer in „Niedriglohnberufen“, angepasste Löhne und Arbeitsbedingungen – sprich Arbeits-zeitverkürzung durchgesetzt werden. Gewalt gegen Frauen und Kinder darf nicht länger ba-nalisiert werden. Nach der Krise müssen wir über den Sinn der Arbeit und der Produktion, über unsere Konsumgewohnheiten nachdenken. Eine globalisierte Welt muss Solidarität und nicht Konkurrenz üben.

In der Griechischen Geschichte oder ist es Mythologie, haben die Frauen aus Protest gegen den Krieg den Männern den Liebesakt verweigert weil sie sich nicht anders zu helfen wussten. Solidarität unter Frauen und kollektive Hartnäckigkeit haben die Kriege der „Männer“ beendet.

Wir sind im einundzwanzigsten Jahrhundert und eigentlich müssten wir intelligenter und schon weiter sein. Aber sind wir das wirklich? Das wird die Zukunft zeigen. Die Zukunft wird zeigen ob wir den Schock als Chance nutzen um uns und unsere „Lebens“-Gewohnheiten zu ändern und anzupassen. Und wir Frauen werden unsere Verantwortung übernehmen und mitentscheiden! Wir Frauen kümmern uns!

Zara Tripidante

26/03/2020

Vacances du Grand-Duc au Sahara occidental occupé: le

gouvernement doit prendre ses distances .

Ces derniers jours, les utilisateurs de facebook au Luxembourg ont pu régulièrement voir s'afficher des « publications suggérées » faisant état du séjour de kitesurfing de « SAR le Grand-Duc Henri de Luxembourg à l'hôtel Dakhla Attitude au Maroc ».

Il est sidérant que le chef de l'État, fût-ce en agissant à titre purement privé (mais est-ce seulement possible, eu égard la lettre de notre Constitution?), ait pu se laisser instrumentaliser de la sorte pour les besoins de propagande d'une puissance étrangère.

Il faut en effet rappeler que Dakhla n'est pas situé au Maroc, mais au Sahara occidental. En effet, pour la communauté internationale, le Sahara occidental ne fait pas partie du Maroc, mais constitue un territoire séparé et distinct de celui-ci (et non pas un territoire simplement disputé), comme l'a d'ailleurs rappelé la Cour de Justice de l'Union européenne dans plusieurs décisions récentes. Le Maroc, qui a envahi et annexé cette ancienne colonie espagnole en 1975, privant le peuple sahraoui de son droit à l'autodétermination, y pratique une occupation militaire illégale au regard du droit international.

Selon les rapports des principales ONG et autres observateurs internationaux, le régime d'occupation marocain au Sahara occidental donne lieu à de très nombreuses et graves violations des droits de l'homme. Rappelons aussi que des enquêtes judiciaires espagnoles ont relevé l'existence de faits de génocide commis par le Maroc au Sahara occidental lors de l'invasion du territoire.

En se rendant au Sahara occidental et en acceptant de servir, fût-ce à son insu, de caution à l'occupant marocain, le Grand-Duc contribue rendre plus difficile la reprise des négociations de paix lancées sous l'égide de l'ONU entre l'occupant marocain et le Front POLISARIO, représentant légitime du peuple sahraoui.

Par conséquent, il paraît pour le moins souhaitable que le gouvernement luxembourgeois, historiquement opposé à l'occupation des petites nations par les grandes et se disant engagé en faveur du respect des droits de l'homme et du droit international humanitaire :

(1) se distance formellement du voyage accompli à Dakhla par le chef de l'État et de prendre les dispositions nécessaires pour que ce type d'incident ne se reproduise à l'avenir (il est d'ailleurs à espérer que le gouvernement luxembourgeois n'a pas contribué à l'organisation de ce voyage en se chargeant des formalités de visa pour le compte de la famille grand-ducale) ;

(2) rappelle que le Luxembourg, en application de ses obligations au titre du droit international et en exécution de la jurisprudence de la CJUE, ne reconnaît pas la souveraineté du Maroc sur le Sahara occidental ;

(3) s'engage pour la reprise des pourparlers sous l'égide de l'ONU en vue de l'autodétermination du peuple sahraoui.

Par ailleurs, on ne peut manquer de voir dans cet incident une nouvelle illustration des limites inhérentes au régime de la monarchie constitutionnelle. Celle-ci, en liant l'image de tout un pays à celle d'une famille régnante, débouche inévitablement sur un brouillage peu opportun et peu démocratique entre l'État et la vie privée du chef de l'État.

C'est précisément pour éviter cette confusion que le projet alternatif pour une Constitution du Luxembourg élaboré par déi

Lénk prévoit l'abolition de la monarchie et l'instauration d'une République dont la présidence, au rôle étroitement circonscrit et située au-dessus des partis, serait confiée à tour de rôle à une femme et à un homme issu.e du corps des citoyens ordinaires.

Tram – die moderne Bahn des Sozialabbaus

Die Kollektivvertragsverhandlungen bei der Luxtram S.A. zeigen wie privatrechtliche Betriebe Instrumente des Sozialabbaus sind. Auch in öffentlicher Hand gibt es keine Garantie für demokratische Kontrolle. Die Tram wurde auf die falschen Schienen gesetzt, wird der Widerstand umleiten können ?

Die Kollektivvertragsverhandlungen bei der hauptstädtischen Straßenbahn sind in vieler Hinsicht ein heißes Eisen. Was die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen betrifft so stellen diese einen neuen „Tiefenrekord“ im öffentlichen Transport auf! Sie sind sogar schlechter als die bei den privaten Busbetreibern des RGTR. Die supermoderne futuristische Trambahn Luxemburgs soll sozial als Mindestlohnbetrieb funktionieren, mit Arbeitszeit Amplitüden die theoretisch bis zu 13 Stunden am Tag betragen können!

Unübersehbar besteht seit Anbeginn ein breiter Konsens aller etablierten Parteien, von Grün bis CSV, sowohl in der Regierung als auch im Schöffenrat Luxemburgs, dieses Modell in dieser Form so durch zu ziehen und keinen Millimeter von dieser Spur abzuweichen. Die Zielsetzung ist mehr als deutlich. Es geht dabei um Folgendes:

- Die Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen in Gesellschaften mit einem privaten Rechtsstatus.
- Die Durchsetzung massiver Verschlechterungen in punkto Löhne, Arbeitszeiten, sowie sozialer und statutarischer Rechte des Personals.
- Die Existenz von privatrechtlichen Betrieben im öffentlichen Besitz kann jederzeit als „Druck- und Drohmittel“ gegen die im öffentlichen Statut Schaffenden und ihre Errungenschaften genutzt werden. Diese „S.A.“ Firmen sind allesamt „trojanische Pferde“ die jederzeit als politischer Hebel gegen die kommunalen und staatlichen Dienste eingesetzt werden können.
- Jede Firma im Status einer „Société Anonyme“ kann jederzeit ganz oder teilweise an private Investoren verkauft werden.

Es geht also hierbei klar um mehr als nur um das Schicksal der Trambahner und diese politische Operation darf darum nicht als isolierte Aktion verstanden werden. Minister Bausch beabsichtigt mit dem „schnellen Tram“ nach Esch, eine Ausweitung der Straßenbahn in Richtung Süden. Natürlich denkt er dabei nicht an den TICE oder CFL als Betreiber, sondern wird auch hier Luxtram als private Firma damit beglücken. Dem müssen wir von Beginn an entgegen treten.

Alle Interventionen von „déli Lénk“, ob im Gemeinderat oder im Parlament, stießen gegen eine Mauer des Schweigens und der Ablehnung. Der Ex-Gewerkschaftler und heutige Grüne Transportminister Bausch hat auf eine *question parlementaire* geantwortet daß; „es eine verdamnte Verpflichtung sei daß die Politik sich aus Kollektivvertragsverhandlungen heraus halten soll“. Dabei ist er als Transportminister der eigentliche Chef des Verwaltungsrates und hält mit 70% Anteilen die absolute Mehrheit der Luxtram S.A. Er bestimmt die Politik dieser Firma wesentlich mit.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften FNCTTFEL/Landesverband

und OGB-L für einen richtigen Kollektivvertrag waren bisher äußerst zahm und vorsichtig. Wohl auch um die mitverantwortliche LSAP in einer ersten Phase zu schonen. Die Verweigerungshaltung der Luxtram Führung wird die Gewerkschaften zur Anrufung der Schlichtung drängen. Die weiteren Verhandlungen werden in Kürze zeigen ob die Politiker dieser Regierung die Zeichen verstanden haben oder ob beim Luxtram ein offener Sozialkonflikt bevorsteht.